



Medieninformation 24/2010

Flensburg, 29.08.2010

SPD-Fachkonferenz in Weiche:

Was bedeutet die Fehmarnbelt-Querung für Flensburg? Neue Zahlen zur JVA – Regierung rechnet auf falscher Grundlage

Vor politischen Weichenstellungen auf Landesebene führt die SPD Fachkonferenzen vor Ort durch, denn, so ihr Vorsitzender Ralf Stegner, „die SPD lebt von den Ideen, den Meinungen und dem Engagement ihrer Mitglieder.“ Rund 60 Teilnehmer nutzten jetzt im „weichehaus“ diese Möglichkeit. Zusammen mit Ralf Stegner und einer Reihe von Landtagsabgeordneten wurden strukturpolitische Fragen im Bereich der Verkehrspolitik sowie des Bildungswesens erörtert. Außerdem wurden die Auswirkungen der schwarzgelben Streichungspolitik auf Flensburg und den Norden des Landes beleuchtet. Dabei wurden auch die landesweite Auswirkungen der geplanten Fehmarnbeltquerung herausgearbeitet. Bekannt wurden neue Informationen zu den Schließungsplänen für die Flensburger Justizvollzugsanstalt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Bildungspolitik.

Fehmarnbeltquerung: Gerät Flensburg in den toten Winkel der Verkehrspolitik?

Verkehrspolitisch waren es insbesondere drei Fragen, die die Flensburger Sozialdemokraten bewegen und von ihrem Vorsitzenden Helmut Trost in die Diskussion eingebracht wurden. „Wenn sich alle Anstrengungen in Schleswig-Holstein auf die Verwirklichung der Fehmarnbelt-Querung und der Wirtschaftsachse Hamburg - Kopenhagen - Malmö konzentrieren, gerät dann der Norden des Landes nicht in den „toten Winkel“ der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik?“ fragte Trost. „Werden infolge der unkalkulierbar hohen Kosten nicht so viele finanzielle Mittel verbraucht, dass wichtigere Maßnahmen auf der Strecke bleiben?“ Für vordringlicher würden im Norden die neue Elbquerung bei Glückstadt, die Verbesserung der Nord-Süd-Verbindungen sowie – perspektivisch – eine schnellere Bahnquerung für den Nord-Ostsee-Kanal gehalten. Unbeantwortet sei angesichts des immensen Finanzbedarfs auch die Frage, was übrig bleibe, um die Verknüpfung des nördlichen Landesteils mit dem dänischen Verkehrsnetz zu verbessern.

Der SPD-Landesvorstand wird dem nächsten SPD-Parteitag eine neue Beschlussfassung vorschlagen. „Die Entscheidung über den Bau der festen Fehmarnbeltquerung muss überprüft werden“, heißt es darin: „Die SPD fordert deshalb die Bundesregierung auf, von der Möglichkeit des Staatsvertrages Gebrauch zu machen, mit dem Königreich Dänemark wegen veränderter Voraussetzungen in neue Erörterungen über die Planung und den Bau der Querung einzutreten.“ In der Bundesverkehrswegeplanung müsse auf jeden Fall der Weiterbau der A 20 mit Elbquerung Vorrang haben.

Neues Gutachten: JVA-Schließungspläne beruhen auf falschen Annahmen

Deutlich wurde in der Konferenz eines: Die Schließungspläne der Landesregierung beruhen auf falschen Annahmen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Ein angeblicher Sanierungsstau von 12 Millionen Euro besteht überhaupt nicht, wie Helmut Trost aus dem Rathaus berichtete. Die Stadt Flensburg habe den notwendigen Aufwand gutachterlich exakt geprüft – er liege unter 5 Millionen Euro. Wenn man jetzt schließe, hätte man außerdem 2,5 Millionen Euro Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen, denn dieser Betrag sei in den letzten vier Jahren investiert worden. Kopfschüttelnd bezeichnete Trost die Planungen als „Akt der Tourismusförderung“ - denn es werde ein völlig unsinniger „Justiztourismus“ geschaffen – mit Gefangenentransporten, Anwaltsfahrten und Dienstreisen von Staatsanwaltschaften und Polizei. Gleichzeitig werde das Prinzip des heimatnahen und sozialen Strafvollzugs über Bord geworfen.

Bildung: Längeres gemeinsames Lernen ohne soziale Hürden – Bekenntnis zur Universität Flensburg

Die SPD will im September auf ihrem Landesparteitag bildungspolitische Bilanz ziehen und ihr bildungspolitisches Langzeitprogramm fortschreiben. Darüber berichtete der Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch. Der Öffentlichkeit im Land solle gezeigt werden, was die unveränderten bildungspolitischen Langzeitperspektiven sind. Die Schwerpunkte der SPD würden benannt, wenn sie in der nächsten Zeit unter den Bedingungen der Verschuldung des Landes wieder Regierungsverantwortung tragen sollte. „Die SPD steht für Gebührenfreiheit im Bildungswesen, von der Kita bis zum Erststudium“ heißt es dazu in einem in Weiche vorgestellten Leitantrag. Ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Flensburger Universität findet sich darin ebenfalls.

Ralf Stegner: Die Flensburger Sozialdemokraten sind wieder da!

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner in seinem Fazit zur Konferenz: „Die Beratungen haben gezeigt, dass sich die Flensburger SPD intensiv den Zukunftsfragen ihrer Stadt widmet. Man sieht, dass die Flensburger Sozialdemokraten wieder da sind. Vieles spricht dafür, dass sie mit Thede Boysen den nächsten Oberbürgermeister stellen – einen Verwaltungsexperten, der Stadt und Region kennt und aufgrund seiner Kompetenzen überall hohes Ansehen genießt.“